

It's Still the Indispensable
Nation, Stupid!

Die USA im Abstieg?

Heinrich Kreft

Gerade schienen der historische Wahlsieg Barack Obamas und die eindrucksvoll unter Beweis gestellte Vitalität der amerikanischen Demokratie die Abgesänge auf den Niedergang der USA verstummen zu lassen, als die globale Finanzkrise, die in den USA ihren Ausgang nahm, den Chor erneut lauter werden lässt. Aber auch diesmal erklingen die Todesglocken zumindest verfrüht. Amerikas Durchhaltevermögen wird regelmäßig und chronisch unterschätzt.

Auf der einen Seite ist es nicht zu bestreiten, dass der 44. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika bei seinem Amtsantritt am 20. Januar 2009 ein schweres Erbe antreten wird. Er steht vor den Herausforderungen einer anhaltenden Finanz- und Wirtschaftskrise, eines enormen Haushalts- und Außenhandelsdefizits, zweier Kriege im Irak und Afghanistan und eines weltweiten Imageverlustes der USA als Folge des umstrittenen *war on terror* seines Vorgängers. Die kurze Phase des *imperial moment* und der *hyperpower* – woran ohnehin nie eine Mehrheit der Amerikaner geglaubt hat – scheint schon vergessen zu sein. Dieser Niedergang erscheint umso plausibler, als gleichzeitig aufstrebende Staaten wie China und Indien, Russland und Brasilien, aber auch die Europäische Union stetig an wirtschaftlichem und damit auch politischem Einfluss gewinnen und so zumindest potenziell den USA die internationale Führungsposition streitig machen können.

Neben diesen zweifellos großen Schwächen und Herausforderungen verfügen die USA aber zugleich über

enorme Stärken, die die Grundlage dafür sind, dass das Land (zumindest noch sehr lange) die Führungsrolle in einer zweifellos multipolarer werdenden Welt ausüben kann. Dazu gehören:

Demografie: Die USA verfügen nicht nur über große Rohstoffvorkommen und landwirtschaftlich nutzbare Flächen, sondern sind auch durch die Demografie mittel- und langfristig begünstigt. Dank der Migration und einer hohen Geburtenrate verfügen die Vereinigten Staaten über eine im Vergleich zu den meisten potenziellen Konkurrenten junge Bevölkerung. Bis zum Jahr 2030 dürfte die US-Bevölkerung um 65 Millionen steigen, während sie in Europa stagniert. Während Europa dann doppelt so viele Senioren über 65 Jahre wie Kinder unter 15 Jahren hat, wird in den USA die Zahl der Kinder die der Senioren auch dann übersteigen. Der Anteil der im arbeitsfähigen Alter befindlichen Bevölkerung im Vergleich zu den Rentnern wird in Europa von heute 3,8 zu 1 auf 2,4 zu 1 in 2030 sinken, während das Verhältnis in den USA von heute 5,4 zu 1 auf dann 3,1 zu 1 sinken wird. Dadurch sind die Lasten einer alternden Bevölkerung in den USA weitaus geringer als in Europa. Dieses gilt aber auch im Vergleich zu Russland und Japan sowie auch zu China, dessen langjährige Ein-Kind-Politik die sozialen Probleme des Landes weiter zuspitzt.

Wirtschaft und Wissenschaft: Trotz der aktuellen Krise ist die US-Volkswirtschaft,

die mit einem BIP von etwa vierzehn Billionen Dollar über ein Viertel des Weltsozialprodukts erwirtschaftet, grundsätzlich vital. Sie hat in den vergangenen 25 Jahren mit über drei Prozent ein signifikant höheres Wachstum erwirtschaftet als Europa und Japan, wobei auch das Produktivitätswachstum während der vergangenen zehn Jahre einen vollen Prozentpunkt über der entsprechenden Entwicklung in Europa lag. Sie ist anpassungsfähig und innovativer als jede andere Volkswirtschaft. Amerika verfügt über die größten und besten Universitäten und Forschungsinstitute der Welt. Mehr als drei Viertel der vorderen Rangplätze unter den weltweit führenden Forschungseinrichtungen werden regelmäßig von amerikanischen Instituten eingenommen. Das Weltwirtschaftsforum attestiert den USA die wettbewerbsfähigste Volkswirtschaft, die ihre Stärken insbesondere in entscheidenden Zukunftsbereichen wie der Nano- und Biotechnologie besitzt. Auch bilden die USA unter den großen Volkswirtschaften im Verhältnis zur Einwohnerzahl die meisten Ingenieure aus. Die USA investieren 2,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in die Hochschulausbildung im Vergleich zu 1,2 Prozent in Europa und 1,1 Prozent in Japan. Auch wenn die aktuelle Rezession für die USA tiefer ausfallen sollte als für Europa und andere, dürften die genannten Rahmenbedingungen dafür sorgen, dass das Land gestärkt aus der Krise hervorgehen wird. Darauf sollten wir uns einstellen.

Militär: Auch im militärischen Bereich gibt es kein zweites Land, das an die militärischen Fähigkeiten der USA herankommt. Kein anderes Land ist in der Lage, seine militärische Macht global einzusetzen. Amerikas Verteidigungshaushalt ist größer als die der folgenden vierzehn Staaten zusammengenommen und erreicht nahezu fünfzig Prozent der globalen Militärausgaben. Die amerikanischen

Ausgaben sind dabei sechsmal größer als die Chinas, des einzigen potenziellen Rivalen, wenn man dessen geschätzte, um das Dreifache über den offiziellen chinesischen Zahlen liegende Angaben zugrunde legt. Dabei liegen die aktuellen amerikanischen Verteidigungsausgaben mit 4,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts noch deutlich unter den 6,6 Prozent der Reagan-Administration oder gar den zweistelligen Werten aus den Hochzeiten des Kalten Krieges. Auch die Kosten für die Interventionen im Irak und in Afghanistan belaufen sich mit jährlich 125 Milliarden Dollar auf weniger als ein Prozent des BIP und sind damit deutlich geringer als die Kosten des Vietnamkriegs, die 1970 bei 1,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts lagen. Die Militärmacht ist zwar nicht die Ursache amerikanischer Stärke, aber ihre Konsequenz. Ihr Treibstoff ist die solide wirtschaftliche und unvergleichliche technologische Basis der Vereinigten Staaten.

Soft power: Im Gegensatz zur militärischen *hard power* haben die USA durch und in der Folge des Irak-Krieges in den vergangenen Jahren sowie durch „Guantánamo“ und „Abu Ghraib“ einen großen Image-Verlust erlitten und damit an *soft power* verloren. Allerdings sind die strukturellen Elemente amerikanischer *soft power* nach wie vor intakt – von der amerikanischen Massenkultur, der Dominanz amerikanischer Anbieter in der globalen Kommunikation (Internet, TV) bis zur ungebrochenen Anziehungskraft amerikanischer Universitäten auf *the best and the brightest* der Welt. Dreißig Prozent aller weltweit im Ausland studierenden Studenten sind an amerikanischen Universitäten eingeschrieben. Nach der Wahl Barack Obamas zum künftigen US-Präsidenten stellte Harvard-Professor Joseph Nye kurzerhand fest, dass damit die *soft power* der USA wiederhergestellt sei. Auch wenn das etwas verfrüht sein sollte,

hat der neue US-Präsident die große Chance, das Image der USA in Europa und anderen Teilen der Welt schnell und nachhaltig zu verbessern.

Führungs- und Gestaltungswille: Zur Führungsfähigkeit gehört auch der politische Wille dazu. Auch wenn die Erfahrungen der letzten Jahre mit der im Desaster mündenden Intervention im Irak die Befürworter einer interventionistischen Außenpolitik zu einer kleinen Minderheit in der US-Bevölkerung gemacht hat, dürfte dadurch jedoch kein zweites Vietnam-Trauma entstanden sein mit isolationistischen Reflexen. Die USA werden auch unter Obama zu keiner „Status quo“-Macht werden, sondern aus der Überzeugung heraus, dass die Demokratie die einzig legitime Regierungsform darstellt, auch weiterhin demokratische Entwicklungen in aller Welt unterstützen. Eine Politik des *regime change* auf militärischem Weg wird es allerdings auf absehbare Zeit nicht mehr geben.

Potenzielle Rivalen

Es besteht kein Zweifel daran, dass die relative Macht der USA in der Welt abnimmt. Der Anteil der amerikanischen Volkswirtschaft am globalen Sozialprodukt nimmt ab, da insbesondere die bevölkerungsreichen Schwellenländer deutlich schneller wachsen als die USA. Auch wächst die globale Verflechtung der US-Wirtschaft schnell, insbesondere mit der Volksrepublik China, die Japan als größten Gläubiger der USA abgelöst hat. Und Europa hat sich zum Wunschpartner vieler Länder entwickelt. Doch trotz dieser Entwicklungen hat es kaum und nicht mal in Europa gegen das hier extrem unpopuläre von George W. Bush geführte Amerika ein nennenswertes *ganging up* gegen die USA gegeben. Nicht ein Land oder eine Koalition von Ländern ist als glaubwürdiger Gegenspieler oder ebenbürtiger Rivale aufgetreten – abgesehen von der lang-

fristigen Perspektive, dass China einmal in der Lage sein könnte, die USA ernsthaft herauszufordern.

Europa: Ihr BIP ist zwar größer, und in der Wirtschafts- und Finanzpolitik ist die EU seit Langem ein ebenbürtiger Partner der USA, doch mangels Fortschritten im politischen Einigungsprozess sind die Europäer noch immer kein strategischer Akteur auf der Weltbühne und allenfalls eine politische Großmacht im Werden. Mit Angela Merkel und Nicolas Sarkozy ist in den wichtigsten europäischen Hauptstädten mit Blick auf die globale Rolle der Europäischen Union wieder mehr Realismus eingekehrt als unter ihren Vorgängern, die allen Ernstes die EU als Gegenmacht zur amerikanischen *hyper puissance* etablieren wollten.

Russland hat zweifellos den politischen Willen, die USA herauszufordern. Putin und Medwedew haben in den vergangenen zwei Jahren kaum eine Gelegenheit ausgelassen, diesen Anspruch anzumelden. Mit einer Volkswirtschaft vergleichbar der der Benelux-Staaten ist seine ökonomische Basis dafür allerdings zu schwach, seine Abhängigkeit von Energieexporterlösen zu hoch, und auch der demografische Trend einer dramatisch schrumpfenden Bevölkerung, die schon heute nur fünfzig Prozent der amerikanischen ausmacht, lässt mittel- bis langfristig eine globale Führungsrolle Russlands kaum zu.

China ist in hohem Maße an innerer und äußerer Stabilität interessiert. China hat zwar in den vergangenen dreißig Jahren einen beeindruckenden ökonomischen und damit politischen Aufstieg bewerkstelligt, allerdings werden die sozialen und umweltpolitischen Schattenseiten dieser Entwicklung immer deutlicher. Da Chinas hohes Wirtschaftswachstum, das als *Conditio sine qua non* für die soziale und damit politische Stabilität des Landes gilt,

vom Export und von Rohstoff- und Energieimporten abhängt, hat China ein großes Interesse an einem freien Welthandel und stabilen internationalen Beziehungen.

Indien verfügt ohne Zweifel über ein großes Wachstumspotenzial. Doch immer noch lasten eine übergroße Bürokratie und eine unzureichende Infrastruktur wie Mühlsteine auf der aufstrebenden Volkswirtschaft. Hinzu kommen große soziale Herausforderungen und eine wachsende Terrorgefahr, wie jüngst in den Anschlägen von Mumbai deutlich geworden ist. Auch Indien benötigt ein stabiles internationales Umfeld, um sich auf die großen heimischen Herausforderungen konzentrieren zu können.

Japan verfügt über eine schrumpfende und alternde Bevölkerung und nicht über eine politische Kultur, eine Führungsrolle in der internationalen Politik zu spielen. Angesichts eines stärker werdenden China, dessen langfristigen politischen Absichten man in Tokio misstraut, sind die insbesondere sicherheitspolitischen Beziehungen zu den USA in den vergangenen Jahren noch enger geworden.

Alle möglichen Rivalen haben damit auf absehbare Zeit entweder nicht den Willen oder das Potenzial, die Führung der USA herauszufordern. Dieses ist zum Teil auch der US-Politik geschuldet, die seit Ende des Zweiten Weltkriegs so angelegt war, dass sie von diesen Ländern nicht als Gefährdung ihrer nationalen Kerninteressen betrachtet wurde. Darüber hinaus haben die USA eine internationale Ordnung geschaffen und erhalten, von der auch diese Staaten in hohem Maße profitiert haben und an deren Erhaltung sie daher auch zukünftig ein großes Interesse haben.

The Still Indispensable Nation!

Sowohl Barack Obama als auch sein republikanischer Kontrahent John McCain

waren sich in ihren Wahlkampfaussagen einig, dass die USA Garant der internationalen Stabilität und unentbehrliche Ordnungsmacht seien und bleiben müssten. Angesichts der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise und der neu entflammenden Diskussion über den Niedergang amerikanischer Macht wird leicht übersehen, dass die USA heute und auf absehbare Zeit allen anderen Ländern strukturell überlegen sind. Amerikas geografische Größe, seine materiellen Ressourcen und sein Humankapital, seine militärische Stärke und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, aber auch seine liberalen politischen und wirtschaftlichen Traditionen machen zusammen die Überlegenheit Amerikas aus. Kein Land verfügt über solche Selbstheilungskräfte wie die USA. Amerika ist häufig unterschätzt worden – gerade auch von uns Deutschen.

Aus Sicht des zukünftigen Präsidenten und seiner Berater ist in der internationalen Politik gegenwärtig nicht weniger, sondern mehr amerikanische Führung gefordert. Die aktuellen Bedrohungen, die von der Proliferation von Massenvernichtungswaffen und global operierenden Terroristen ausgehen, von *failed* und *failing states*, aber auch vom Klimawandel und Fragen der Energie- und Nahrungsmittelsicherheit benötigen energisches amerikanisches Engagement. Ihnen ist klar, dass die Sicherheit und der Wohlstand der US-Amerikaner von der Sicherheit und dem Wohlergehen der Menschen in anderen Staaten abhängen.

Führung bedeutet für Barack Obama vor allem Führen durch das eigene Beispiel, womit er sich deutlich von seinen Vorgängern unterscheidet. Anders als für George W. Bush dürfte der *war on terror* nicht zur Leitschnur seiner Außen- und Sicherheitspolitik werden, auch wenn die Gefahr von Terroranschlägen gegen US-Einrichtungen im Ausland oder gar in den USA selbst als keines-

wegs gebannt gilt. Vielmehr darf aufgrund verschiedener Äußerungen im Wahlkampf und danach erwartet werden, dass Barack Obama einer liberalen und multilateralen Konzeption der amerikanischen Führungsrolle den Vorzug geben möchte. Dabei könnte er sich an den Entwurf amerikanischer Weltpolitik nach 1945 anlehnen und die Rolle eines liberalen oder *benign hegemon* für die USA wiederbeleben. Nicht zufällig hat er sich im Wahlkampf nicht nur bei innenpolitischen Themen auf Franklin D. Roosevelt bezogen, sondern sich auch die Roosevelt'sche Vision einer neuen Weltordnung zu eigen gemacht. Die amerikanische Außenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg war von der Idee einer multilateralen Weltordnung geleitet. Entsprechend gingen die USA daran, internationale Institutionen zu schaffen, deren Regeln für alle und damit auch für sie selbst gelten sollten. Barack Obama will die bestehenden Institutionen reformieren, die noch immer die Welt der unmittelbaren Nachkriegszeit widerspiegeln, um sie so den inzwischen eingetretenen Machtverschiebungen anzupassen und sie dadurch zu stärken. Insbesondere aufstrebende Mächte wie Indien, Brasilien, Südafrika und Nigeria sollten dabei stärker eingebunden werden. Daneben sollen neue Institutionen oder Vereinbarungen treten, insbesondere um – als Lehre aus

der gegenwärtigen Finanzmarktkrise – die globale Finanzarchitektur zu stärken. Mit Blick auf die Machtverschiebungen nach und in Asien stellt sich für die neue Administration die Frage, wie China sicherheitspolitisch in die ostasiatisch-pazifische Region eingebunden werden kann. Dabei will Obama als Präsident an die weitergehenden Überlegungen der Bush-Administration anknüpfen, die Sechs-Parteien-Gespräche zur Beendigung der zweiten nordkoreanischen Nuklearkrise in einem permanenten Sicherheitsforum für die Region zu institutionalisieren.

Barack Obama hat im Wahlkampf mehrfach betont, für 2009 ein *window of opportunity* zu sehen, die internationale Führungsrolle der USA zu erneuern. Diesem Ziel dürften auch die schnelle Entscheidung über sein außen- und sicherheitspolitisches Führungsteam dienen sowie die Ankündigung, bald nach Amtsantritt das Gefangenenlager auf Guantánamo zu schließen.

Die Erwartungen, die der künftige US-Präsident nicht nur in seinem Land, sondern weltweit geweckt hat, sind groß. Neben einem substanziellen Beitrag zur Lösung globaler Probleme, die ohne eine aktive Beteiligung der USA undenkbar ist, wird von Präsident Barack Obama vor allen Dingen amerikanische Führungskraft erwartet.

Die **Februar**ausgabe der **Politischen Meinung** nimmt in ihrem Schwerpunkt die weltweite

Finanz- und Wirtschaftskrise

in den Blick.

Unter anderem werden Beiträge von Stefan Deges, Lajos Keresztes, Ulrich van Suntum und Norbert Walter erscheinen.